

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 19698. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk.; Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer: vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Eine Ablage der Berliner Gewerkschaftskommission an die Betriebsrätezentrale.

Berlin, 16. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission hat gestern die Delegierten zu einer Plenarversammlung einberufen, um Stellung zu nehmen zu den Beschlüssen des letzten Betriebsrätekongresses, nach einem Referat Ulrichs und nach einer ziemlich lebhaften Debatte wurde folgender Antrag des Ausschusses mit 30 Stimmen angenommen: „Nachdem der Betriebsrätekongress der Organisierung der Betriebsräte im Rahmen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Sanktion erteilt hat, beschließt die am 15. November taggefundene Plenarversammlung, sich ebenfalls auf den Boden der Beschlüsse des Betriebsrätekongresses zu stellen.“ Die anwesenden Vertreter der Betriebsrätezentrale, besonders Wegmann und Neumann, verhielten sich wiederholt nachdrücklich, daß die Betriebsrätezentrale von Bedeutung sei, erlitten aber durch die Annahme dieser Resolution eine Niederlage, denn, wie der Vorsitzende Sabath feststellte, bedeutet die Annahme des Antrages die Lösung sämtlicher Beziehungen zur Betriebsräteorganisation. Die Lösung ist zweifellos auf die beschämenden Vorgänge in der letzten Versammlung und durch das Verhalten der Betriebsrätezentrale in der letzten Zeit, in der sie nur als Illusion der kommunistischen Partei gearbeitet hat, zurückzuführen.

Diese Ablage kommt zur rechten Zeit, denn die Betriebsrätezentrale entwickelt sich immer mehr und mehr zu einem bloßen Instrument der kommunistischen Seite. Bezeichnend dafür war die Sonntagsversammlung im Sportpalast, über deren Verlauf wir gestern eine kurze Meldung gegeben haben. Diese Versammlung, die nach der Mitteilung ihres Leiters Wegmann enorme Kosten verursacht hat — allein die Saalmiete betrug 3000 Mk., wozu große Ausgaben für eine umfangreiche Propaganda kamen —, war ein außerordentlich schlimmer Mißerfolg. Von den etwa 30 000 Groß-Berliner Betriebsräten waren kaum 2000 erschienen, die den Saal nicht einmal zur Hälfte füllten. Schlimmer noch war, daß der Kommunist Brandler, der das Referat hielt über die Produktionsabschaltung der Unternehmer und die Produktionskontrolle der Betriebsräte, im wesentlichsten Punkte durchaus unsuchtbar blieb. Er hat in seiner einseitigen Rede nichts darüber zu sagen gewagt, wie der Kampf um die Produktionskontrolle durch die Betriebsräte praktisch zu führen wäre, wie dieses neueste Rezept der Kommunisten wirksam zu machen ist. Umso kräftiger wußte er das Evangelium des Kampfes der Arbeiter untereinander zu predigen. Der Kampf gegen die Kapitalisten ist nach diesem Kommunistenführer in erster Linie schärfster Kampf gegen die Gewerkschaften und gegen alle Arbeiterorganisationen, die nicht zum kommunistischen Banner schwören. Er hat in dem Eindringen der Arbeitslosen in die Versammlung, die die Vertreter der Betriebsrätezentrale als „schlimmere Bonzen“ denn die Gewerkschafter beschimpften und ihre Beteiligung in erster Linie forderten, ein Beispiel erhalten, wofür diese Verhöhnung der Arbeiter gegen die Arbeiter schlechtlich führt.

Ob die Kommunisten dies freilich einsehen, ist sehr fraglich. Die Arbeiterklasse aber muß endlich erkennen, daß die kommunistische Taktik die Arbeiterschaft schwächt anstatt stärkt, daß nur die Befreiung von den kommunistischen Zerstückelern die Arbeiterklasse wieder stärken und kampffähig machen kann.

Ueberschichten-Abkommen im schlesischen Bergbau.

Waldenburg, 15. November. Ende voriger Woche ist unter Mitwirkung des Ministerialrats Dr. Bodenstein vom Reichsarbeitsministerium ein Ueberschichtenabkommen für den Waldenburger Bergbauabschnitt zustande gekommen. Hiernach werden die Bergleute dergestalt Ueberschichtenverfahren, daß an drei Wochentagen zwei Stunden an die Mittagschicht angehängt werden. Beim Verfahren der Ueberschichten erhalten die Bergleute die gleiche Zulage wie im Ruhrbezirk. Die gestrigen Versammlungen der Betriebsräte haben das Abkommen mit 95 gegen 21 Stimmen angenommen. Von Mittwoch ab werden die Ueberschichtenverfahren.

Anschluß Litauens an Polen?

Berlin, 16. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Am 6. November fand laut der Woskischen Zeitung in Memel eine Besprechung zwischen zwei Abgeordneten des polnischen Generals Żeligowski und des Präsidenten Pilsudski mit führenden Großlitauern darüber statt, ob die Großlitauer mit einer Abtretung des Memelgebiets an Litauen einverstanden seien, wenn sich Litauen als Föderativstaat an Polen anschließt und Żeligowski in Wilna selbständig bleibt. Die litauische Tarpa soll mit diesem Projekt einverstanden sein. Dergleichen Willigt der hohe Rat den Anschluß des Memelgebiets an Litauen, wenn dieses Wilna an Żeligowski abtrete.

Die Berner Internationale Konferenz gefährdet?

Ein Schweizer Protest.

In der Berner Tagwacht vom 13. November lesen wir eine Erklärung der Genossen Grimm, Jg, Reinhardt und Bogel, Mitglieder der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Sie knüpft an die Meldung an, daß die Sozialistische Partei Frankreichs neben andern Vertretern auch Renaudel und Grumbach zu der Konferenz delegiert habe, und daß der von der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands gewählte Vertreter Ramsay MacDonald zum Sekretär der 2. Internationale ernannt worden sei. Die vier Unterzeichner erklären: „Die Kürze der Zeit erlaubt es der Geschäftsleitung nicht, zu diesen Tatsachen schon Stellung zu nehmen, indes halten es die Unterzeichneten für notwendig, ohne Zögern zu erklären, daß sie für sich und für die Partei mit aller Entschiedenheit jede Beteiligung an einer internationalen Konferenz ablehnen, die direkt oder indirekt einer Rekonstruktion der 2. Internationale Vorstube leisten könnte. Im Augenblick, da notorische Führer der 2. Internationale, wie Renaudel und deren Londoner Sekretär, an der Konferenz teilnehmen, ist diese Konferenz nicht bloß auf das schwerste diskreditiert, sondern es entsteht auch die Gefahr, daß sie für diese Zwecke der in den Augen des Klassenbewußten Proletariats längst erledigten 2. Internationale mißbraucht werden könnte.“

Die Erklärung schließt, daß die Unterzeichner, wenn sich die erwähnten Pressemeldungen bestätigen, es als selbstverständlich betrachten, daß sich die Schweizer Sozialdemokratische Partei an der Konferenz nicht beteiligt. Sie werden das in der Geschäftsleitung der Schweizerischen Partei beantragen.

Wir würden einen solchen Beschluß bedauern. Die Franzosen haben allerdings Renaudel neben Longuet und anderen delegiert. Offenbar in dem Bestreben, die Einheit der Partei zu erhalten. Man wird ihnen für die Wahl ihrer Vertreter keine Vorwürfe machen dürfen. Die Mehrheit der französischen Delegation besteht zudem aus entschiedenen Gegnern der 2. Internationale. Die Ernennung MacDonalds zum Sekretär der 2. Internationale haben wir bisher nirgends mitgeteilt gefunden. Trifft die Meldung zu, so würde das allerdings eine Doppelstellung bedeuten, die unhaltbar ist. Die Verbindung der Unabhängigen Arbeiterpartei mit der großen englischen Arbeiterpartei, die der 2. Internationale angehört, schafft allerdings in England eigentümliche Verbindungen und Widersprüche. Indes auch wenn wir das berücksichtigen, können wir nicht glauben, daß MacDonald nicht selbst die Unvereinbarkeit des Postens eines Sekretärs der 2. Internationale mit der Führung einer Partei einzusehen vermöchte, die dieser 2. Internationale die Ablage erteilt hat. Als Delegierter zur Berner Konferenz wäre er in solchem Falle schier unmöglich.

Indes erscheint uns der Weg, den die vier Unterzeichner der Berner Erklärung einschlagen, durchaus verfehlt. Was gegen die Delegation von Renaudel — Grumbach kommt nur als Uebersetzer in Frage, was die vier Schweizer in der Elle wohl übersehen haben — und gegen die Entsendung eines Sekretärs der 2. Internationale zu sagen wäre, das ist auf der Konferenz selber zu sagen. Aber deswegen die Konferenz selbst in Frage zu stellen und ihr fernzubleiben, ist ein sehr untaugliches Mittel, um den internationalen Zusammenschluß der revolutionären Parteien, die weder der 2. noch einer bloß kommunistischen Internationale angehören, zu fördern.

Putschpläne in Budapest.

U. Budapest, 15. November. Der Stadtkommandant wurde auf unbestimmte Zeit henzulaut. Die Affäre steht im Zusammenhang mit der Untersuchung in der Angelegenheit der terroristischen Offiziere. Die Untersuchung hat ergeben, daß von dem Verein der erwachsenen Ungarn ein Putsch geplant war, um mit Waffengewalt die Ratifikation des Friedensvertrags zu verhindern und eine eigene Regierung zu proklamieren. Zahlreiche Abgeordnete sind kompromittiert. Es wurde festgestellt, daß sich im Hotel Britannia auch Morbatten zugetragen haben. Im Keller wurde ein Mann namens Bito ermordet aufgefunden. Eine Reihe Frauen wurde verhaftet, welche überführt sind. Nachrichten sind für die Britannia-Offiziere geleistet zu haben. Bei einem Zusammenstoß mit Offizieren wurde der Oberleutnant Baron Pobjanffy, der als Sportsmann allgemein bekannt ist, meuchlings angegriffen und lebensgefährlich verletzt. In der verfloffenen Woche wurden auch ein Mitglied der französischen Mission und ein italienischer Hauptmann von einer Gruppe junger Leute angehalten, die mit Stöcken gegen die Passanten losgingen.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Paris, 15. November. (L. V.) Wie aus gut unterrichteter Quelle berichtet wird, hat der Reichsterrat den Abstimmungstermin für Oberschlesien auf den 28. Januar n. J. festgesetzt. Damit bestätigt sich die Meldung von deutschen Stellen, daß der Termin für das Plebiszit Mitte Januar 1921 stattfinden soll.

Der Kagenjammer.

Das endgültige Wahlergebnis in Sachsen.

Das endgültige Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen zeigt folgende Zahlen:

	Stimmen	Mandate
Deutschnationale	430 563	20 (13)
Deutsche Volkspartei	351 684	18 (4)
Demokraten	158 194	8 (22)
Zentrum	22 594	1 (—)
Wirtschaftliche Vereinigung	17 473	— (—)
Bürgerliche Parteien, Summa	1 011 108	47 (30)
Rechtssozialisten	573 131	27 (42)
U. S. P.	331 835	13 (15)
Neukommunisten	58 770	3 (—)
R. P. D.	115 847	6 (—)
Sozialistische Parteien, Summa	1 029 683	49 (57)

Insgesamt wurden also abgegeben 2 040 791 Stimmen, gegen 2 152 135 Stimmen bei der Volksstammwahl 1919.

Die Stimmung ist sehr bald umgeschlagen. 24 Stunden haben genügt, die Reaktion von ihrem „Siegestausch“ zu ernüchtern. Gestern früh jubelte es durch die gesamte bürgerliche Presse: Eine vernichtende Niederlage der U. S. P., Zusammenbruch des Sozialismus, das Bürgertum hat die Schlacht gewonnen. Heute ist bereits der Kagenjammer da, die Sieger von gestern fühlen sich schwach und elend. „Was soll nun werden?“ fragte bereits gestern abend besorgt das Leipziger Tageblatt, was geschehen muß, daß es kaum eine Partei geben wird, die mit besonderer Freude auf das Resultat sieht. Und von derselben heutigen Sorge werden die übrigen bürgerlichen Zeitungen Sachsens gequält, allen voran die L. N. N., die in ihrer Ratlosigkeit nicht wissen, was sie aus der Situation machen sollen, und die so jämmerlich zusammengewohlenen Demokraten dafür verantwortlich machen, daß der bürgerliche Sieg nicht vollständig wurde. Hätten die Demokraten unter Führung des Herrn Peter Reinhold sich die Richtlinien ihrer Politik nicht vom Berliner Tageblatt verschreiben lassen, sondern hätten sich nach den Wünschen der L. N. N. offen zu der einzigen reaktionären Phalanx unter dem nationalsozialistischen Banner der Deutschen Volkspartei zusammengefunden. Ja dann vielleicht? Vielleicht aber auch nicht. Denn darüber, daß die demokratischen Molken als politischer Faktor immer mehr ausfallen, besteht kaum noch ein Zweifel.

Mehr aber noch als diese Erkenntnis drückt auf die Stimmung der reaktionären Presse das sichere Gefühl, daß diesem „Sieg“ des Bürgertums bei der nächsten Wahl der unvermeidliche Rückschlag folgen wird. Diesmal haben die bürgerlichen Parteien unter Ausnutzung aller für sie günstigen Umstände alles auf die Beine gebracht. Reserven stehen ihnen nicht mehr zur Verfügung. Sie selbst finden ja die einzige Erklärung für ihren Sieg in der Spaltung und Wahlverzögerung der proletarischen Massen. Die Arbeiterschaft aber wird sich den Wahlausfall und seine sich sehr bald zeigenden Folgen eine Warnung sein lassen. Sie wird begreifen, daß sie durch ihre Wahlabsicht nur die Geschäfte der Reaktion besorgt und sich selbst den allererschlechtesten Dienst geleistet hat. Sie wird daraus die nötigen Lehren ziehen, und bei der nächsten Gelegenheit dafür sorgen, daß die reaktionären Bäume nicht in den Himmel wachsen. Schon die bloße Andeutung dieser Tatsache treibt den eben noch so siegesgewissen kapitalistischen Klopffechtern den Angstschweiß aus allen Poren. Das Leipziger Tageblatt jammert:

„Die Leipziger Volkszeitung rechnet bereits mit einer kurzen Lebensdauer des Landtages und sagt: Die Arbeiter werden sich den Ausgang der Wahl eine Lehre sein lassen. Die Scharte muß beim nächsten Male gründlich ausgewetzt werden. Der diesmalige Verlust muß sie veranlassen, alle Kräfte anzupannern, um das Verlorene mit einem um so größeren Gewinn wieder einzubringen.“ Das klingt ganz harmlos. Aber wer die Unabhängigen kennt, der weiß, daß sie in ihren Mitteln nicht wählerisch sind und daß sie ihre Agitation nicht erst dann beginnen, wenn die neue Wahl zu erwarten ist. Sie werden inzwischen alle Hebel der Opposition in Bewegung setzen und sich dabei von den drei Unzufriedenheiten und sechs Kommunisten nicht übertreffen lassen.“

In der Wahl der Mittel werden wir nun freilich nicht erkennen die Stupidität der bürgerlichen Parteien erschöpfen können. Aber das eine ist sicher richtig: Wir werden unsere Agitation sofort beginnen und alle Hebel in Bewegung setzen, um die Massen aufzurütteln und ihnen die politische Situation und ihre Zukunftsaufgabe klar zu machen. Und zwar mit Erfolg. Wir müssen uns durchaus nicht entmutigen. Wir, die „Niedergeschlagenen“, sind die einzige Partei, die heute, inmitten des allgemeinen Kagenjammers, mit froher Zuversicht in die Zukunft schaut. Die wirtschaftliche Entwicklung, aus der wir unsere Kraft ziehen, und die zunehmende Erkenntnis von der Notwendigkeit des Sozialismus lassen sich durch eine Wahlniederlage nicht aufhalten. Im Gegenteil. Gerade dieser Wahlausfall wirkt dadurch klärend, daß er zeigt, wie scharf und unüberbrückbar die Gegensätze zwischen dem kapitalistischen und proletarischen Heerlager bereits